Antrag

des Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Stellenverwaltung im Bereich der öffentlichen Hochschulen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwiefern die nicht stellenscharfe Personalausgabenbudgetierung im Bereich der öffentlichen Hochschulen in Baden-Württemberg das Risiko birgt, dass analog zu den unbesetzten Lehrerstellen im Kultusetat auch im Bereich der Hochschulen jahrelang unbesetzte Stellen existieren;
2. ob die Wissenschaftsministerin ausschließen kann, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich eine gleichgelagerte Situation bestehen könnte, also unerkannt unbesetzte Stellen in relevanter Zahl;
3. inwieweit die Budgetierung der Personalstellen im Bereich der öffentlichen Hochschulen wie bei den Lehrerstellen im Grundsatz auf Basis der vorjährigen Ausgabesumme geschieht;
4. wie Anpassungen der bereitgestellten Stellen im Hinblick auf die Budgetierung geschehen;
5. wie die Etatisierung der Stellenplanung im Hochschulbereich technisch umgesetzt ist, insbesondere im Hinblick auf die IT-/Softwarelösungen und die etwaige Nutzung des Programms „DIPSY“;
6. an welchen Hochschulen im Land nicht nach der vorgezeichneten Praxis etatisiert wird;
7. wie im Bereich der Budgetplanung im Bereich der öffentlichen Hochschulen sichergestellt ist, dass die bereitgestellten Mittel zur Zahl der vorhandenen und besetzten Stellen passt;

8. ob routinemäßig überprüft wird, dass die Passung aus Ziffer 7 in den jeweiligen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts sowie dem zugehörigen Stellenplan gegeben ist;
9. inwiefern geplant ist, analog zum jüngsten Vorgehen im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, ein Stellenzählprogramm einzusetzen, welches in der Kontrolle der nun als fehlerhaft identifizierten Software im dortigen Haushalt erfolgreich war;
10. ob geplant ist, dass Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) an der Arbeitsgruppe teilnehmen, in der sich nun unter anderem Vertreter des Finanzministeriums, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, der Regierungspräsidien und des Landesrechnungshofs um die Aufarbeitung der Fehler bei den Lehrerstellen kümmern;
11. welche Prämissen sie für ein effektives Personalcontrolling im Hochschulbereich vor dem Hintergrund der aktuellen Vorkommnisse erkennt und sie diese in der Haushaltspraxis des MWK und an den Hochschulen als gegeben ansieht;
12. ob sie aufgrund der Erkenntnisse bei der Aufarbeitung der unbesetzten Lehrerstellen Anpassungen in der Ausgestaltung der Personalplanung an den öffentlichen Hochschulen als notwendig erachtet;
13. wann und auf welche Weise das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kenntnis von den unbesetzten Stellen im Etat des Kultusministeriums erlangt hat;
14. welche Maßnahmen das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit Bekanntwerden der unbesetzten Lehrerstellen ergriffen hat, um sicherzustellen, dass ein solcher Vorfall im Hochschulbereich ausgeschlossen werden kann;
15. ob nach ihrer Kenntnis von Hochschuleseite der Wunsch besteht, die bestehende Personalausgabenbudgetierung und technische Instrumente zur Stellenverwaltung zu ändern.

29.7.2025

Dr. Timm Kern, Birnstock, Brauer, Haußmann, Weinmann, Bonath, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Nach Bekanntwerden der 1 440 aus Versehen unbesetzt gebliebenen Lehrerstellen im Etat des Kultusministeriums forderte die Präsidentin des Landesrechnungshofs passgenaue Reformen für die Verwaltung des im Kultusministerium angesiedelten Personals. Der Fehler in der Personalplanung blieb wohl über Jahre unentdeckt, da die Personalausgabenbudgetierung im Kultusbereich nicht stellenscharf geschieht, wie es in der Breite der Landesverwaltung der Fall ist. Derart wird jedoch nicht nur bei den personalintensiven Ressorts Schule und Polizei verfahren, sondern auch an den meisten Hochschulen im Land. Auch dort wird nach den Ist-Personalausgaben des letzten abgeschlossenen Jahres budgetiert. Dieser Antrag soll daher klären, inwiefern die Personalplanung an den öffentlichen Hochschulen fehlerfrei geschieht.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. August 2025 Nr. MWK11-0141.5-1/10/3 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. inwiefern die nicht stellenscharfe Personalausgabenbudgetierung im Bereich der öffentlichen Hochschulen in Baden-Württemberg das Risiko birgt, dass analog zu den unbesetzten Lehrerstellen im Kultusetat auch im Bereich der Hochschulen jahrelang unbesetzte Stellen existieren;*
- 2. ob die Wissenschaftsministerin ausschließen kann, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich eine gleichgelagerte Situation bestehen könnte, also unerkannt unbesetzte Stellen in relevanter Zahl;*

Zu 1. und 2.:

Zu den Ziffern 1 und 2 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Bei den Hochschulen gibt es keine Personalausgabenbudgetierung. Für den Hochschulbereich sind die Stellen kapitelscharf, also je Hochschule, im Staatshaushaltsplan ausgebracht: Planstellen für Beamtinnen und Beamte in den Stellenplänen, Stellen der Tarifbeschäftigten in den Stellenübersichten im Stellenteil (bei kameral buchende Hochschulen) bzw. als Anlagen zu den Wirtschaftsplänen (bei kaufmännisch buchende Hochschulen). Den Hochschulen ist damit direkt aus dem verabschiedeten Staatshaushaltsplan ersichtlich, welche Stellen ihnen zustehen und wie sie diese bewirtschaften dürfen. Die Personalkosten des stellengeführten Personals werden durch den Landeshaushalt vollständig ausfinanziert und nicht budgetiert (vgl. hierzu auch zu Ziffer 3 und 4).

Durch diese sehr differenziert ausgeprägte, dezentrale Stellenstruktur wird im Ressort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst kein mit der Kultusverwaltung vergleichbares Verfahren angewandt. Zudem gibt es im Wissenschaftsministerium keine zentralen Stellenpools, die durch spezielle Softwarelösungen mit automatisierter Zuordnung und Freigabe von Stellen bewirtschaftet werden. Insoweit kann es zu keiner gleichgelagerten Situation kommen, bei der eine große Anzahl an Stellen unerkannt unbesetzt ist.

- 3. inwieweit die Budgetierung der Personalstellen im Bereich der öffentlichen Hochschulen wie bei den Lehrerstellen im Grundsatz auf Basis der vorjährigen Ausgabesumme geschieht;*
- 4. wie Anpassungen der bereitgestellten Stellen im Hinblick auf die Budgetierung geschehen;*

Zu 3. und 4.:

Zu den Ziffern 3 und 4 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Stellen im Hochschulbereich werden nicht budgetiert. Für die Bemessung der Soll-Ansätze des Staatshaushaltsplans werden die allgemeingültigen Regeln des Ausschreibens zur Haushaltsaufstellung angewandt. Hierbei handelt es sich um eine Planungsgröße zur Aufstellung des Staatshaushaltsplans. Für die Hochschulen sind die kapitelscharfen Stellen in den Haushalten der Hochschulen ent-

scheidend. Diese werden von den Hochschulen eigenständig bewirtschaftet. Die Personalkosten des stellunggeführten Personals werden vollständig durch das Land ausfinanziert und nicht budgetiert. Zusätzlich gewährt das Land den Hochschulen die Möglichkeit aus freien und besetzbaren Stellen zeitanteilig Mittel zu schöpfen (sogenannte Mittelschöpfung) und damit die Ausgabenermächtigung des Hochschulhaushalts zu verstärken. Das Finanzierungsinstrument der Mittelschöpfung führt dazu, dass die Hochschulen ein detailliertes Wissen über die tatsächliche Besetzung ihrer Stellen und nicht zuletzt aufgrund der Monetarisierungsmöglichkeit unbesetzter Stellen ein großes Eigeninteresse daran haben, dass die Stellenbesetzung korrekt nachvollzogen werden kann.

5. wie die Etatisierung der Stellenplanung im Hochschulbereich technisch umgesetzt ist, insbesondere im Hinblick auf die IT-/Softwarelösungen und die etwaige Nutzung des Programms „DIPSY“;

Zu 5.:

Die Etatisierung der Stellen erfolgt im Staatshaushaltsplan bereits auf die einzelnen Hochschulen heruntergebrochen. Mit Ausnahme der Dualen Hochschule Baden-Württemberg nutzen die Hochschulen nicht DIPSY, sondern eigene Personalverwaltungssysteme. Die Duale Hochschule Baden-Württemberg nutzt DIPSY, allerdings nicht die im Bereich der Lehrkräfte verwendete Poolstellenverwaltung. Die anderen Hochschulen übernehmen ihr jeweiliges Stellensoll aus Stellenplan und Stellenübersicht in ihre eigenen Personalverwaltungssysteme.

Im Zuge der Planaufstellungen werden von den Hochschulen Stellenbesetzungslisten vorgelegt. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gleicht dabei unter anderem das darin ausgewiesene (systemseitige) Stellensoll, das die Hochschulen in ihren Personalverwaltungssystemen verwenden, mit dem Stellensoll des Staatshaushaltsplans ab. Die Hochschulen bewirtschaften die ihnen zugeordneten Stellen selbst, sodass vor Ort eine personen- und stellenscharfe Zuordnung möglich ist.

6. an welchen Hochschulen im Land nicht nach der vorgezeichneten Praxis etatisiert wird;

Zu 6.:

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist keine staatliche Hochschule bekannt, die nicht nach dem skizzierten Verfahren verfährt.

7. wie im Bereich der Budgetplanung im Bereich der öffentlichen Hochschulen sichergestellt ist, dass die bereitgestellten Mittel zur Zahl der vorhandenen und besetzten Stellen passt;

8. ob routinemäßig überprüft wird, dass die Passung aus Ziffer 7 in den jeweiligen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts sowie dem zugehörigen Stellenplan gegeben ist;

Zu 7. und 8.:

Zu den Ziffern 7 und 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Wie bereits unter Ziffer 5 dargelegt, wird das bei der jeweiligen Hochschule zur Anwendung kommende Stellensoll bei jeder Planaufstellung überprüft und fortgeschrieben. Für die Bewirtschaftung durch die Hochschule ist das jeweilige kapitelscharfe Stellensoll des Staatshaushaltsplans entscheidend. Durch die Ausfinanzierung der Personalkosten des stellunggeführten Personals handelt es sich beim Soll-Ansatz um eine Planungsgröße für die Aufstellung des Staatshaushalts-

plans, die keine Obergrenze im Sinne einer Budgetierung darstellt. Die Personalausgaben werden nicht budgetiert.

9. inwiefern geplant ist, analog zum jüngsten Vorgehen im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, ein Stellenzählprogramm einzusetzen, welches in der Kontrolle der nun als fehlerhaft identifizierten Software im dortigen Haushalt erfolgreich war;

Zu 9.:

Dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind die Funktionalitäten des beim Einzelplan 04 eingesetzten „Stellenzählprogramms“ nicht bekannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass von vorneherein keine zur Kultusverwaltung vergleichbare Ausgangslage in der Stellenbewirtschaftung gegeben ist (vgl. Ausführungen zu den Ziffern 1 und 2) und daher auch keine solchen Softwarelösungen erforderlich sind.

10. ob geplant ist, dass Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) an der Arbeitsgruppe teilnehmen, in der sich nun unter anderem Vertreter des Finanzministeriums, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, der Regierungspräsidien und des Landesrechnungshofs um die Aufarbeitung der Fehler bei den Lehrerstellen kümmern;

Zu 10.:

Vonseiten des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist keine Teilnahme erbeten worden und vorgesehen.

11. welche Prämissen sie für ein effektives Personalcontrolling im Hochschulbereich vor dem Hintergrund der aktuellen Vorkommnisse erkennt und sie diese in der Haushaltspraxis des MWK und an den Hochschulen als gegeben ansieht;

12. ob sie aufgrund der Erkenntnisse bei der Aufarbeitung der unbesetzten Lehrerstellen Anpassungen in der Ausgestaltung der Personalplanung an den öffentlichen Hochschulen als notwendig erachtet;

Zu 11. und 12.:

Zu den Ziffern 11 und 12 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Aus dem Zusammenspiel der dezentral etatisierten und bewirtschafteten Stellenpläne und Stellenübersichten mit den Finanzierungsinstrumenten der Ausfinanzierung der Personalkosten des stellengeführten Personals und der Möglichkeit zur Mittelschöpfung, wie es durch die Hochschulfinanzierungsvereinbarungen (HoFV) angelegt ist, besteht aus Sicht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst bereits ein effektives Personalcontrolling. Handlungsbedarf wird insoweit nicht gesehen. Eine effiziente und passgenaue Bewirtschaftung der Stellen liegt im Eigeninteresse der jeweiligen Hochschule und wird von Wissenschaftsministerium im Zuge der jährlichen Rechnungslegung und der Planaufstellungsverfahren eng begleitet.

13. wann und auf welche Weise das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Kenntnis von den unbesetzten Stellen im Etat des Kultusministeriums erlangt hat;

Zu 13.:

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erhielt am 16. Juli 2025 im Zuge der Presseberichterstattung Kenntnis.

14. welche Maßnahmen das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit Bekanntwerden der unbesetzten Lehrerstellen ergriffen hat, um sicherzustellen, dass ein solcher Vorfall im Hochschulbereich ausgeschlossen werden kann;

Zu 14.:

Die Ausgangslage im Ressort des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist nicht mit der Kultusverwaltung vergleichbar (vgl. Ausführungen zu den Ziffern 1, 2 und 9).

15. ob nach ihrer Kenntnis von Hochschuleseite der Wunsch besteht, die bestehende Personalausgabenbudgetierung und technische Instrumente zur Stellenverwaltung zu ändern.

Zu 15.:

Im Hochschulbereich kommt keine Personalausgabenbudgetierung zur Anwendung. Im Zuge der Verhandlung der HoFV III hatten die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschularten ihren Wunsch nach Beibehaltung der bestehenden Ausfinanzierung der Personalkosten des stellengeführten Personals und der Mittelschöpfung ausdrücklich bekräftigt. Dieser Wunsch nach Beibehaltung der Instrumente zur Stellenbewirtschaftung wurde in der am 2. April unterzeichneten HoFV III berücksichtigt und vereinbart. Seit dem Bekanntwerden der unbesetzten Lehrerstellen hat keine einzige Hochschule einen abweichenden Wunsch geäußert. Dies ist aus Sicht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst darauf zurückzuführen, dass die Hochschulen durch die vereinbarten Instrumente und Vorgehensweisen vollständig Kenntnis über ihre Stellen haben und die vereinbarten Instrumente sowie das Vorgehen bei Planaufstellung und Rechnungslegung dies auch weiterhin sicherstellen.

In Vertretung

Dr. Reiter

Ministerialdirektor